Veranstaltung des Luftwaffenamtes zum Hubschrauberlärm im Onoldiasaal

Betroffene machten sich „Luft“

Informationen über Erfassung von Flugdaten – „Europaweit einmaliges System“

ANSBACH (mik) – Oberstleutnant Hans-Georg Hammes und Oberstleutnant Bernd Buhl vom Kölner Luftwaffenamt hatten einen schweren Stand auf der Informationsveranstaltung zum Hubschrauberlärm im Onoldiasaal. Zwar waren nur knapp einhundert Bürgerinnen und Bürger aus Ansbach und Umgebung gekommen, aber diese meldeten sich eifrig zu Wort und ließen erkennen, dass sie als lärmgeplagte Betroffene reichlich „geladen“ sind.

Eine gut halbstündige Einführung über die Kontrollarbeit, die technischen Möglichkeiten und die Organisation seiner „Beschwerdestelle Flugbetrieb“ in der Bundeswehr hatte Hammes vorgesehen – aber nach eineinhalb Stunden war er immer noch nicht am Ende. Denn der Oberstleutnant wurde immer wieder unterbrochen von Fragen der Bürger, erbosten Zwischenrufen und empörten Schilderungen ihrer Situation. „Seit zwei Wochen geht das nun von früh bis spät“, rief ein verärgerter Obereichenbacher: „Sie sollten dort wohnen – das hält man nicht aus.“

„Darauf kommen wir gleich zurück“, versicherte Hammes. Der erfahrene Luftwaffenoffizier versuchte immer wieder, zunächst die Feinheiten der zentralen Erfassung des militärischen Flugbetriebs in Deutschland zu erläutern: „Wir arbeiten mit flächendeckender Radarabdeckung“. Dafür gebe es bislang 44 militärische und zivile Radarstationen in Deutschland. Im Endausbau sollen es aber einmal 96 Stationen werden. „Wir zeichnen alles auf, wir sichern und speichern alle Daten“, sagte Hammes: „Und wir schauen, dass es nach Recht und Gesetz abläuft.“ Dies brachte wieder den Zorn einer Frau aus der zweiten Reihe zum Überschäumen. „Aber das ist doch nicht recht“, rief sie empört, „wenn die immer wieder über unser Haus fliegen.“ Und das auch am Wocheende, ergänzte eine andere Zwischenruferin: „Dürfen die uns stundenlang volldröhnen?“

Nach und nach drang Hammes aber doch mit einigen Informationen durch, die die Kontrollarbeit des Luftwaffenamtes begreiflich machten. Bei jedem der 3,1 Millionen Flugbewegungen in Deutschland (im Jahre 2008) könnten durch die Radarabdeckung Position, Zeit, Höhe, Richtung und Geschwindigkeit der Flugkörper erfasst werden. Diese Datenflut werde gespeichert und bei Bedarf, etwa bei schriftlichen oder telefonischen Beschwerden aus der Bevölkerung, aber auch bei Nachfragen der Polizei, der Kommunalpolitiker oder der Staatsanwaltschaft, aus dem Kölner Rechner geholt, der eine Speicherkapazität von 22 Terabyte habe.

Eine Schwachstelle hat dieses „europaweit einmalige“ Überwachungssystem allerdings, wie bei einer Nachfrage von Werner Kopper aus Petersaurach deutlich wurde. Die Flughöhe kann nur erfasst werden, wenn der Pilot des Flugkörpers auch seinen „Transponder“ einschaltet, der ein entsprechendes Signal zurücksendet, räumte Hammes ein. Dazu sei er aber außerhalb des Flugplatzes immer verpflichtet. Und die Nato-Partner unterlägen genau denselben Gesetzen wie die deutschen Zivil- oder Militärflieger. Doch die Zweifel, ob sich die amerikanischen Piloten auch immer daran halten, blieben bestehen.

„Dürfen die uns stundenlang zudröhnen?“: Keinen leichten Stand hatten die Vertreter des Kölner Luftwaffenamtes bei ihrer Informationsveranstaltung im Ansbacher Onoldiasaal. Foto: Pendelin

Die amerikanischen Flieger der Longbow-Kampfhubschrauber unterliegen denselben Vorschriften und Gesetzen wie die deutschen Piloten. – Archiv-Foto: Albright

„Die dürfen das, das steht da drin in den Gesetzen“

Die Flugvorschriften seien jedenfalls in dem „Luftfahrthandbuch“ festgehalten. „Um es gleich vorwegzunehmen“, erklärte Hammes aufgrund seiner Auswertungen: Die Flugbewegungen, die die Wohnbevölkerung im Umkreis von Katterbach und Illesheim, „den letzten Hubschrauberflugplätzen der Amerikaner in Deutschland“, so aufbringen, verlaufen alle entsprechend dieser Gesetze. „Das steht da drin“, betonte er: „Die dürfen das.“

Wie oft allerdings auch die weitergehenden freiwilligen Vereinbarungen überschritten würden, die in der Vergangenheit von der US-Armee in Aussicht gestellt worden waren und die den Verzicht auf den Überflug bewohnter Gebiete sowie zeitliche Beschränkungen nächtlicher Hubschrauberflüge beinhalteten, könne er nicht sagen. „Wir können aus der riesigen Datenflut nur einzelne Flüge heraussuchen, wenn dazu gezielte Beschwerden oder Anfragen kommen.“ Schon ein einziger Flug erfordere eine immens lange Bearbeitungszeit. Auch durch die vielen Beschwerden aus Katterbach seien seine Mitarbeiter derzeit „an der Kapazitätsgrenze“, so Hammes.

Dies brachte eine Dame aus Eyb zu dem Schluss: „Die Amerikaner dürfen hier doch machen was sie wollen – und sie tun es auch.“ Die Einschätzung, dass das Luftwaffenamt nur Informationen heraussuchen und weiterleiten, aber an der anhaltenden Lärmbelästigung nichts ändern könne, sei auch der Grund gewesen, warum sehr viele Betroffene aus ihrem Umfeld heute nicht in den Onoldiasaal gekommen seien. Eine verbreitete Aussichtslosigkeit war im Saal spürbar: „Man gewinnt nicht den Eindruck, dass wir hier in einem souveränen Land leben und nur Gäste haben“, meinte Bernd Horbaschek vom Bund Naturschutz. „Wir brauchen verbindliche Bestimmungen“, forderte Stadtrat Boris-André Meyer. „Was können wir tun?“, fragte er. „Wenn Sie die Hubschrauber weghaben wollen“, antworteten die beiden Oberstleutnants, ganz „Staatsbürger in Uniform“, „dann müssen Sie sich an Ihre parlamentarischen Mandatsträger wenden.“

Dass derzeit so viel geflogen werde, hänge einfach damit zusammen, dass „die aus dem Irak zurück sind“. Die amerikanischen Piloten müssten jetzt bestimmte fliegerische Übungen abarbeiten, um ihre Fluglizenzen zu erhalten. Etwas Hoffnung versuchte Hammes dann aber doch noch zu verbreiten: Sie hätten vor dem Infoabend das Gespräch mit der US-Armee gesucht. Dabei sei deutlich geworden, dass den Amerikanern an einem guten Verhältnis zur Stadt Ansbach und den umliegenden Gemeinden sehr gelegen sei. Der Standortkommandeur habe um Informationen zu Flügen nach Beschwerden gebeten, bei denen die freiwilligen Absprachen nicht eingehalten wurden. „Wir können die Fakten liefern“, versicherte Hammes: „Ich erhoffe mir davon schon eine Verbesserung.“